

Objektyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **SES Notizen**

Band (Jahr): **3 (1981)**

Heft 1

PDF erstellt am: **18.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



SES Notizen

1/81

KAISERAUGST

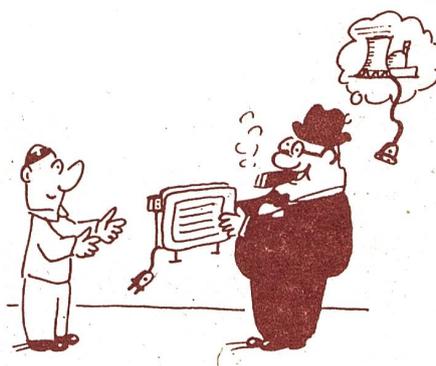
Bedarfsnachweis gescheitert

Am 23. Februar hat die Eidgenössische Energiekommission EEK ihren "Bericht über den Bedarfsnachweis für Kernkraftwerke" vorgestellt. Relativ kurz und oberflächlich wurde in den Medien darüber berichtet. Dabei stellt dieser Bericht einen ganz entscheidenden Wendepunkt in der schweizerischen Energiepolitik dar. Die Energiekommission hat so grundlegend mit der bisherigen offiziellen Energiepolitik gebrochen, dass sie sich scheute, das Ergebnis ihrer Beratungen klar und deutlich auszusprechen.

Nur acht von einundzwanzig Mitgliedern - die gut koordinierte Lobby der traditionellen Energiewirtschaft - traten für ein weiteres Atomkraftwerk ein. Sieben Mitglieder hingegen erwarten für 1990 auch ohne zusätzliche Atomkraftwerke einen Stromüberschuss. Sechs Mitglieder rechnen mit fehlenden installierten Leistungen zwischen 170 und 680 Megawatt, die durch ein kleineres Kohle/Gas-Kraftwerk oder auch durch ein zum grössten Teil auf Vorrat gebautes Atomkraftwerk gedeckt werden könnten. Nur eine Minderheit der Kommission sieht demnach einen Bedarf für ein weiteres AKW nach Leibstadt.

Vorsichtig verzichtete die Kommission aber auf eine Abstimmung. Diese Gelegenheit nutzte die Atomlobby, um in der Öffentlichkeit Verwirrung zu stiften. An der Pressekonferenz im Bundeshaus verteilte der Verband

Schweizerischer Elektrizitätswerke VSE gar eine Stellungnahme, in der behauptet wurde: "Es darf dem Bericht somit entnommen werden, dass eine deutliche Kommissionmehrheit im heutigen Zeitpunkt den Bedarfsnachweis für mindestens ein Kernkraftwerk gemäss Atomgesetz für erwiesen hält." Um eine authentische Auslegung gebeten, erklärte Kommissionspräsident Caccia: "Die In-



terpretation des VSE entspricht in keiner Weise dem Ablauf der Arbeiten in der Kommission." Den Umweltorganisationen, die erklärt hatten, der Bedarfsnachweis sei nicht erbracht, weil sich nur eine Minderheit für die Notwendigkeit eines weiteren Atomkraftwerks ausgesprochen hatte, widersprach Caccia nicht. Hochrot versuchte sich VSE-Präsident von Schulthess zu verteidigen, und fand auch keine rechte Antwort auf die Frage, warum gerade die

Elektrölobby beantragt hatte, nicht über den Bedarf für ein weiteres AKW abzustimmen.

Anders als die GEK, die nach vierjähriger Arbeit einen vielbeachteten Monsterbericht mit undurchsichtigen Varianten abliefern, hat die Energiekommission in ihrer hundertachtzigseitigen Studie methodisch saubere Arbeit geleistet. Ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten wurde zunächst einmal ermittelt, was alles den Elektrizitätsbedarf beeinflusst. Sodann stellte die Kommission jeweils einen ganzen Fächer von Annahmen für Wirtschaftswachstum, Preisentwicklung der Energieträger, Sparmassnahmen und Erdölsubstitution auf. Auf der anderen Seite entwickelte sie verschiedene Varianten für die Elektrizitätserzeugung, die sich durch den Beitrag dezentraler Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen und den Grad der Versorgungssicherheit unterscheiden. Je nach Standpunkt der Kommissionsmitglieder ergaben sich dann aus dem Vergleich der gewählten Erzeugungs- und Bedarfsvarianten verschiedene "Versorgungslücken" oder Stromüberschüsse. Auch wenn wir von der SES es vielfach für nötig halten von Annahmen auszugehen, die ausserhalb des von der Kommission betrachteten Spektrums liegen, liefert das übersichtliche System der Energiekommission ein wertvolles Instrument für Beurteilung und Vergleich verschiedener "Prognosen".